

Pressemitteilung



Frauen Union

Stuttgart, 26. April 2012

Frauenarmut - ein Thema fürs Ländle? - Jetzt handeln, statt wertvolle Zeit zu verlieren!

Annette Widmann-Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit und Landesvorsitzende der Frauen Union: „Armutsprävention ist für Baden-Württemberg definitiv ein Thema! Frauen mit Kindern und Familien gilt es zu stärken – in der Bildung und Ausbildung, im Beruf und bei der Betreuung von Kindern. Jetzt gilt es zu handeln, anstatt wertvolle Zeit verstreichen zu lassen.“

Das Statistische Landesamt hat diese Woche Zahlen vorgestellt, wonach 18 Prozent der Alleinerziehenden und 30 Prozent der Familien mit drei oder mehr Kindern dauerhaft von Armut bedroht sind. Woran dies liegt und wie man die Betroffenen stärken kann, wird von der Landesregierung derzeit erörtert – konkrete Maßnahmen wurden aber noch nicht genannt.

„Der von Frau Altpeter angekündigte Armuts- und Reichtumsbericht ist schöne Theorie, ohne konkrete Projekte wird dieser den Menschen im Land nicht helfen“, so die Landesvorsitzende. Für die Frauen Union Baden-Württemberg liegt der richtige Weg darin, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern. So können Frauen durch eigenständige Berufstätigkeit vorsorgen und Frauenarmut im Alter vermieden werden.

Dabei geht es nach wie vor zunächst um den Ausbau der Kitaplätze. Die von Bund und Land angestrebte Quote, bis 2013 für 35 Prozent der unter 3-jährigen ein Betreuungsangebot zu schaffen, ist noch längst nicht flächendeckend erreicht – 2011 schwankten die Quoten im Land zwischen 13 Prozent (Waldshut) und rund 38 Prozent (Heidelberg). Der Ausbau wurde landesweit bereits in der Vergangenheit mit Hochdruck vorangetrieben. Nun sei es an Grün-Rot, dass das 35 Prozent-Ziel auch fristgerecht und flächendeckend erreicht werde. Baden-Württemberg muss hier zum Muster-Ländle werden.

„Eine Mammut-Aufgabe steht der Landesregierung allerdings auch mit dem dringend benötigten Ausbau der Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich ins Haus“, meint Widmann-Mauz. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes sind die Mütter mit jüngstem Kind im Grundschulalter am häufigsten in Teilzeit beschäftigt. „Frauen bringt es nichts, wenn sie aufgrund der örtlichen Bildungs- und Infrastruktur ihre Berufstätigkeit einschränken müssen“, erklärt die Landesvorsitzende. Die Zahlen sprechen Bände: Nur knapp 13 Prozent der Grundschulen sind Ganztageschulen. Die CDU stehe daher nach wie vor zu dem Angebot an die Landesregierung, in einen Pakt für den Ausbau der Ganztageschulen zu investieren. „In Baden-Württemberg muss es in Zukunft die

Annette Widmann-Mauz MdB
Landesvorsitzende

Frauen Union der CDU
Baden-Württemberg
Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart
Telefon 0711/66904/34
Telefax 0711/66904-15

<http://www.fu-bw.de>

CDU

Regel und nicht nur ein außerordentlicher Glücksfall sein, wenn vor Ort ein ganztägiges Betreuungsangebot existiert“, so Widmann-Mauz.

Aus Sicht der Frauen Union muss bei der aktuellen Armutsdebatte vor allem auch das Thema Alterssicherung auf der Tagesordnung stehen – ganz besonders mit Blick auf die Frauen. Denn in Deutschland beziehen Frauen derzeit um 59,6 Prozent geringere eigene Alterssicherungseinkommen als Männer – auch in Baden-Württemberg.

Viele der heute älteren Frauen konnten noch nicht von Maßnahmen wie dem Erziehungsurlaub, dem Elterngeld oder einer geregelten Kinderbetreuung profitieren. Dennoch haben sie sich bewusst für ihre Kinder und ihre Familie entschieden und dafür oftmals jahrelang die eigene Erwerbsbiografie unterbrochen. „Nun fehlen diesen Frauen wertvolle Entgeltpunkte in der Rente. Dies müssen wir jetzt ändern!“, erklärt Widmann-Mauz.

Denn derzeit sind die jüngeren Frauen mit Blick auf die Rente klar im Vorteil: Insgesamt können heute für ab 1992 geborene Kinder bis zu 5,3 Entgeltpunkte je Kind erworben werden. Für vor 1992 geborene Kinder ist es maximal ein Entgeltpunkt. „Das ist ein gravierender Unterschied, den wir nicht länger akzeptieren können. Deshalb brauchen wir eine Aufwertung der Entgeltpunkte für Neurentnerinnen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben“, so die Landesvorsitzende.